



**SCHWEIZERISCHE BUNDESANWALTSCHAFT**  
**MINISTÈRE PUBLIC DE LA CONFÉDÉRATION**  
**MINISTERO PUBBLICO DELLA CONFEDERAZIONE**

3003 BERN, 28. November 1977

Ø 031 / 61 11 11 - TELEGR. : PARQUETFEDERAL

U/REF.: Pt/fi/3

I/REF.:

an	GT BFA	a/a
Datum	29.11	
Visa	<i>MNA</i>	<i>MNA</i>
E. D.	29. Nov. 1977	
Prot.	<u>p. B. 22. 43. Gr.</u>	

Herrn  
 F. Besomi  
 Protokolldienst des  
 Eidg. Politischen Departementes

3003 B e r n

*p. B. 22. 43. J.*  
*p. B. 22. 43. 1000*  
*p. B. 22. 43. R.*

Ersuchen um Aufhebung der Schutzbewachungen  
 bei ausländischen diplomatischen Vertretungen

Sehr geehrter Herr Besomi,

Dürfen wir Sie bitten, bei den nachstehend aufgeführten Botschaften in Bern vorstellig zu werden und darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Schutzmassnahmen aufgehoben werden können.

- Griechenland

Die griechischen Objekte in der Schweiz stehen seit dem 28. Juli 1977 unter Schutzbewachung.

*ok.*

Grund: Drohungen der Anarchistengruppe "Solidarité révolutionnaire internationale" im Zusammenhang mit der Auslieferung des deutschen Anarchisten POHLE sowie mit den erfolgten Anschlägen in Paris auf ein griechisches und deutsches Reisebüro.

- Italien

*ok.*

Die italienischen Vertretungen stehen seit dem 22. August 1977 unter Schutzbewachung.

Grund: Auslieferung der deutschen Terroristin Petra KRAUSE an Italien sowie die Flucht des ex-Obersten der "SS", KAPPLER, aus einem italienischen Militärkrankenhaus. Weiter wurde durch die italienischen Be-



- 2 -

hörden befürchtet, dass mittels Anschlägen oder Geiselnahmen durch deutsche Interessengruppen die Freilassung des nach wie vor in Italien inhaftierten Kriegsverbrechers W. RAEDER erpresst werden könnte.

- Venezuela

Die fraglichen Einrichtungen stehen seit dem 13. September 1977 unter Schutzbewachung.

Grund: Befürchtete Anschläge auf venezuelanische Einrichtungen im Ausland gemäss einer Meldung des betreffenden Aussenministeriums.

- UdSSR

Seit dem 28.10.1977 sind die sowjetischen Einrichtungen in der Schweiz in die örtlichen Sicherheitsdispositive miteinbezogen.

Grund: Befürchtete Anschläge auf russische Einrichtungen im Zusammenhang mit der deutschen Terroristentätigkeit (Affären PONTO, SCHLEYER etc.)

Wir sind der Auffassung, dass der Gefährdungsgrad für die erwähnten ausländischen Vertretungen im heutigen Zeitpunkt als gering bezeichnet werden kann. Spezielle Erkenntnisse, die gegen eine Aufhebung der getroffenen Sicherheitsmassnahmen sprechen würden, bestehen unsererseits nicht.

Für Ihre Bemühungen danken wir Ihnen zum voraus bestens.

Mit vorzüglicher Hochachtung

BUNDESPOLIZEI

Insp. *Heiser*

*Tufani*  
*An Senatoren*  
*o.k.*

*N. Himbi*  
*occupé*  
*el*  
*(CURSI)*